

## **Zusammenfassung der Ergebnisse und abschließende Bewertung**

*Gisa Paul*

Bei der Schaffung der UN-Menschenrechtskonvention zugunsten von Menschen mit Behinderung sind die entscheidenden Punkte die internationale Entwicklungskooperation und das Monitoring. Alle Beteiligten sollten dort, wo sie Einfluss nehmen können, mithelfen, dass diese beiden Fragen optimal gelöst werden, damit zukünftig die Veränderung vom sozialgestützten zum rechtsgestützten Ansatz Wirklichkeit werden kann und jegliche Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung, insbesondere auch bei der Armutsbekämpfung, eine Menschenrechtsverletzung darstellt.

Anlässlich der Konferenz zur Überprüfung der Millenniumsziele im Herbst 2005 muss das Thema INKLUSION (inclusive development) unbedingt auf die Tagesordnung . Es ist wichtig, dass auch hier alle Beteiligten und Betroffenen ihre Möglichkeiten nutzen, um das zu erreichen.

Die Weltbank wird, wie Judy Heuman anlässlich des Seminars vortrug, die wichtige Relation zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Menschenrechten herausstellen. Die von der Weltbank initiierte *Global Partnership on Disability and Development* verdient als Aktionsbündnis die volle Unterstützung der NRO, DPO und anderer stakeholders. Die Weltbank wird sich ebenfalls bemühen, genauere Statistiken über die Zahl behinderter Menschen im Rahmen der Vereinten Nationen zu erstellen. Es sei allerdings angemerkt, dass dies von der Menschenrechtsbewegung als nicht ganz unumstritten betrachtet wird.

In den Zielländern ist es bedauerlicherweise nach wie vor schwierig, das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung in die nationalen Poverty Reduction Strategy Planungen (PRSP) aufzunehmen. Initiativen, wie die von der Internationalen Arbeitsorganisation in Äthiopien, wo ein Forum gegründet wurde, das sich um die Vorbereitung von PRS Planungen in Zusammenarbeit mit behinderten Menschen und ihren Organisationen bemüht, sind ein nachahmenswertes Beispiel für andere Länder.

In Zeiten knapper Ressourcen für Entwicklungsprogramme sollte der Prozess des Schuldenerlasses im Norden und im Süden tatkräftig unterstützt werden, damit freiwerdende Mittel in allen Sektoren (Bildung, Arbeit, Gesundheit, usw.) auch Menschen mit Behinderung zugute kommen können.